



Metis

Studie

Der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran: Wie reagieren auf Entwicklungen und regionale Auswirkungen?

Nr. 07 | Juli 2018

Metis Studien geben die Meinung der Autor(inn)en wieder. Sie stellen nicht den Standpunkt der Bundeswehr, des Bundesministeriums der Verteidigung oder der Universität der Bundeswehr München dar. Metis Studien richten sich an die politische Praxis. Sie werten Fachliteratur, Reports, Presstexte sowie Hintergrundgespräche mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Ministerien und Denkfabriken aus. Auf Referenzen wird verzichtet. Rückfragen zu Quellen können per Email an die Autor(inn)en gerichtet werden.



Zusammenfassung

Der Hegemonialkonflikt im Nahen und Mittleren Osten zwischen Saudi-Arabien und dem Iran – und im weiteren Sinne zwischen Saudi-Arabien, dem Iran und der Türkei – um die Vorherrschaft in der muslimischen Welt manifestiert sich bereits in Stellvertreterkonflikten im Jemen, im

Irak, in Syrien und im Libanon. Dadurch ist nicht nur die Möglichkeit eines zwischenstaatlichen Konflikts gegeben. Potenziell ist die territoriale Neuordnung im Mittleren Osten möglich. Dies macht eine Neubewertung der bestehenden Allianzen und Partnerschaften in der Region notwendig.

Sicherheitspolitische Lage im Mittleren Osten

Seit der US-Invasion im Irak 2003 hat sich die sicherheitspolitische Lage im Nahen und Mittleren Osten nachhaltig verschlechtert. Nach der erfolgreichen Besetzung des Zweistromlandes sah sich die US-geführte Koalition von 2004 bis 2009 zunächst mit einem Aufstand (*Iraqi Insurgency*) konfrontiert. Zudem operierte Israel im Libanonkrieg 2006 gegen die Hisbollah. Kurdische Separatisten wurden in der Türkei, in Syrien und dem Iran in zahlreichen militärischen Operationen bekämpft. Ebenso entzündete sich immer wieder der israelisch-palästinensische Konflikt in geringer bis mittlerer Intensität in Gaza und dem Westjordanland. Der arabische Frühling destabilisierte die Region weiter und führte zu mehreren Regierungswechseln in Ägypten. Er bedingte auch den Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien. Nach dem Abzug der US-Koalition aus dem Irak und dem zeitgleich stattfindenden syrischen Bürgerkrieg erstarkte der ehemals irakisch-sunnitische Aufstand – als Islamischer Staat (IS) und in offener Abspaltung von Al-Qaida – derart, dass er bis 2015 weite Teile Syriens und des Irak unter seine Kontrolle bringen konnte. Dies wurde begünstigt durch die Nutzung eines sogenannten *double sanctuary*,¹ die kurzfristige Schwächung der syrischen und

irakischen Regierungen sowie dem Vorliegen eines *multi-party asymmetric conflict*.² Erst durch eine internationale Intervention in Syrien (Bombenkrieg gegen den IS), die Ausstattung der Kurden im Kampf gegen den IS, die finanzielle Unterstützung der irakischen Regierung, die Entsendung iranischer Milizen und Berater in den Irak und eine starke russische Präsenz in Syrien konnte der IS im Zuge der Konflikte 2016 bis 2018 territorial zurückgedrängt werden. Derzeit übt der IS kaum noch territoriale Kontrolle im Irak oder in Syrien aus, ist aber weiterhin in Teilen dieser Länder aktiv und befindet sich in einer Reorganisationsphase.

Der seit 2004 laufende Konflikt im Jemen ist eine weitere Ausprägung der Instabilität in der Region. Der Aufstand der Houthi, die vom Iran unterstützt werden, eskalierte 2014 mit dem Fall der jemenitischen Hauptstadt an die Rebellen. Seit 2015 interveniert Saudi-Arabien auf Seiten der ehemaligen Hadi-Regierung, während sich im Süden nach dem Ende der Belagerung von Aden eine weitere Übergangsregierung bildete. Neben diesen drei Konfliktparteien kontrollieren Al-Qaida und der IS sowie weitere islamistische Gruppen etwa ein Drittel des Landes.

¹ Als *sanctuary* werden Rückzugsräume von Milizen bzw. Aufständischen bezeichnet, die meist schwer zugänglich sind oder sich in einem anderen Staat befinden, wodurch Regierungstruppen dort nur schwer oder gar nicht gegen sie operieren können. *Double sanctuaries* wirken reziprok: Syrien war Rückzugsraum für Milizen im Irak

und der Irak bot einen Rückzugsraum für Milizen, die in Syrien in Bedrängnis gerieten.

² Als *multi-party asymmetric conflicts* bezeichnet man Konflikte, in denen ein staatlicher Akteur mehreren Aufständischen gegenübersteht, die sich wiederum gleichzeitig in einem Bürgerkrieg befinden.

Globaler und regionaler Hegemonialkrieg

Die derzeitige Situation im Mittleren Osten lässt sich am besten als Hegemonialkonflikt auf zwei unterschiedlichen Analyseebenen verstehen. Der oftmals zitierte religiöse Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten spielt dabei eine sehr nachgeordnete Rolle. Auf internationaler Ebene handelt es sich um einen Antagonismus zwischen den USA und der Russischen Föderation um Einfluss in der Region. Während auf Seiten der USA Israel, Jordanien und Saudi-Arabien als Partner angesehen werden können, kann die Russische Föderation größeren Einfluss auf den Iran und Syrien ausüben. Beide Großmächte operieren militärisch direkt in der Region, vor allem in Syrien. Die USA bekämpfen dabei vornehmlich terroristische Organisationen wie den IS und die Hai'at Tahrir asch-Scham (ehemals Al-Nusra), während die Russische Föderation direkt auf Seiten der syrischen Regierung gegen alle Konfliktparteien vorgeht, also auch gegen die vom Westen unterstützte Freie Syrische Armee. Für Russland ist das Engagement vor allem in der Tatsache begründet, dass der russische Flottenstützpunkt in Tartus für den Einfluss im Mittelmeerraum von großer Bedeutung ist und Syrien unter Assad als russischer Satellit fungiert. Für die Vereinigten Staaten waren zunächst der Regimewechsel im Irak sowie die Demokratisierung der Region von Interesse. Der Versuch einen Regimewechsel in Syrien zu forcieren, den Irak vor iranischem Einfluss zu schützen und radikale Gruppierungen zu bekämpfen, dominierte die strategischen Überlegungen bis 2017. Nach dem Zurückdrängen des IS scheinen die USA sich auf die Eindämmung des russischen und iranischen Einflusses zu konzentrieren. Die Rolle der Türkei ist dabei von besonderem Interesse, da sie einerseits als NATO-Mitglied Partner der USA ist, aber sich aufgrund zahlreicher Verwerfungen mit westlichen Staaten zunehmend in Richtung der Russischen Föderation orientiert. In diesem Sinne ist die Türkei politischer Gradmesser des Hegemonialkonflikts zwischen den USA und Russland. Die Türkei ist indes selbst an Operationen in Syrien beteiligt, stützt türkisch-stämmige Milizen, bekämpft die vom Westen gestützte kurdische YPG (Volksverteidigungseinheiten) und konfrontierte mehrmals sowohl US-Einheiten als auch pro-russische syrische Truppen.

Auf regionaler Ebene sollte der Hegemonialkonflikt als triangulär verstanden werden, da neben dem offen ausgetragenen Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran auch die Türkei Hegemonialansprüche in der Region erhebt. Der Iran hat seit der US-Invasion einen Machtzuwachs erfahren. Der Irak, als ehemaliger Erzfeind, wurde sukzessiv – vor allem durch die Etablierung des Badr-Korps, dem Einfluss der pro-schiitischen Mahdi-Bewegung, der Entsendung von Militärberatern und der Exklusion der sunnitischen Bevölkerung von hohen Regierungsposten und Militär – zu einem engen iranischen Verbündeten. Somit konnte Teheran mit russischer Unterstützung die Achse Iran–Irak–Syrien–Libanon (Hisbollah)

als pro-iranischen Block etablieren. Diese Entwicklung kommt dem Gegenteil dessen nahe, was die US-Außenpolitik im Mittleren Osten seit 2003 intendiert hat. Darüber hinaus stützt Teheran pro-iranische Houthi-Milizen im Jemen und bindet so Saudi-Arabien in einem regionalen Stellvertreterkrieg.

Pulverfass ohne Boden für NATO- und EU-Sicherheitspolitik?

Die hochkomplexe Situation im Mittleren Osten, mit einander verwobenen globalen und regionalen Hegemonialkonflikten sowie dyadischen Rivalitäten, belastet die Sicherheit und Stabilität von NATO und EU nachhaltig. Wirtschaftliche Aussichtslosigkeit und Instabilität in der Region bieten einen Nährboden für neue radikale Gruppierungen, die gegen westliche Ideen und Normen aktiv werden können. Die Flüchtlingsmigration ist dabei nur ein Symptom der Instabilität in der Region. Das teils erratische Verhalten der Türkei gegenüber seinen NATO-Partnern (in Syrien und dem Irak sowie in der Ägäis), EU-Staaten und Israel (im östlichen Mittelmeer) oder den USA (gegenseitige Sanktionen) sowie Istanbuls Flirt mit Moskau bergen die Gefahr eines nachhaltigen Bruchs der Türkei mit der NATO – was als Erfolg für Russland zu werten wäre (vgl. Metis Studie 03/2018 zur Türkei). Der iranische Machtzuwachs ist Ausdruck des Scheiterns der US-Politik im Mittleren Osten in den letzten beiden Dekaden. Letztlich ist auch die westliche Welt durch die Polarisierung ihrer Gesellschaften im Zuge des Kampfes gegen den Terror und der Debatten um Migration direkt von der Instabilität in der Region betroffen.

Ein zwischenstaatlicher Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran hätte zudem weitreichende Folgen für die Weltwirtschaft, da die Straße von Hormus dadurch wohl für den internationalen Schiffsverkehr geschlossen würde. Zudem würde ein solcher Konflikt den fragilen Status quo im Irak gefährden und die Stellvertreterkonflikte im Jemen und in Syrien weiter anheizen. Saudi-Arabien Intervention im Jemen auf Bitten der bedrängten Hadi-Regierung, die einseitige, die Houthis dämonisierende – so der Vorwurf Russlands und Irans – VN-Resolution 2216 sowie die zaghafte Aufklärung von Kriegsverbrechen gegen Zivilisten unterminieren die Konfliktregulierungsfähigkeit der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrats.

Für NATO und EU ergibt sich als Konsequenz der anhaltenden Instabilität und Unsicherheit die Notwendigkeit, den Schutz der östlichen Flanke (Baltikum bis Schwarzes Meer) weiter zu denken und die südöstliche und südliche Flanke (Bosporus bis östliches Mittelmeer) gleichermaßen auf potenzielle Bedrohungen und Risiken vorzubereiten. Ein Austritt der Türkei aus der NATO ist durch die neuerlichen Konfrontationen zwischen USA und Türkei denkbar geworden. Sollte sich der Austritt manifestieren, würde die EU-Außengrenze mit der NATO-Außengrenze zumindest in der Ägäis zusammenfallen und die NATO eine

wichtige Operationsbasis in der Region einbüßen. Zudem wäre durch einen zwischenstaatlichen Konflikt hoher Intensität mit einer Verstärkung der Flüchtlingsmigration nach Europa, dem Anstieg der staatlichen Fragilität und der Entstehung radikaler Gruppierungen in der Region zu rechnen. Es ist auch zu erwarten, dass der Konflikt weitere staatliche Akteure einbezieht und der regionale Hegemonialkonflikt sich damit noch weiter internationalisiert.

Strategische und operative Auswirkungen für die deutsch-israelischen Beziehungen

Deutschland und Europa haben gegenüber Israel die historische Verpflichtung, die Aufrechterhaltung der staatlichen Integrität sowie das Überleben des israelischen Staates zu unterstützen. Als einzige echte Demokratie im Mittleren Osten ist es im Interesse der NATO und der EU, Israel zur Bewältigung der regionalen Herausforderungen zu unterstützen sowie bei der Lösung des israelisch-arabischen und iranischen Konflikts als Mediator aufzutreten. Verteidigungspolitisch sollte über den NATO-Rahmen hinaus über eine verstärkte Kooperation mit Israel nachgedacht und Israel als *advanced partner* behandelt werden (da eine Aufnahme in das PfP-Programm aufgrund von Vorbehalten der Türkei derzeit schwierig ist). So könnte ein multilaterales Forum mit den USA, GB, FRA, DEU und ISR neben der NATO aufgebaut werden. Auf EU-Ebene würde es sich zudem anbieten, Israel über ein Drittstaatenabkommen im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) enger in die europäische Verteidigungsarchitektur einzubinden. Auch die Beteiligung Israels an EU-Battlegroups (bspw. der ESP-ITA amphibischen oder der Balkan Battlegroup) als Gastnation könnte eruiert werden. Dies ist vorausschauend nötig, weil durch das maritime Nadelöhr des Suez-Kanals und durch den

südlichen Energiekorridor Israel–Zypern–Griechenland die energiepolitische Bedeutung der Region für Europa zunehmen wird. Um die Vulnerabilität der europäischen Energiesicherheit sowie die Abhängigkeit von der Russischen Föderation zu reduzieren, ist daher eine engere Kooperation mit Israel notwendig und zielführend. Die neuerliche Partnerschaft zwischen Israel und Saudi-Arabien, wenn auch dem Anschein nach eine Zweckehe, könnte zudem zur Stabilisierung der Region eingesetzt werden, beispielsweise durch Erweiterung dieser Achse um Jordanien. Deutschland und andere NATO- und EU-Staaten würden bei einer Eskalation des iranisch-saudi-arabischen Konflikts, vor allem wenn Israel als Konfliktpartei involviert ist, möglicherweise direkt über Art 42.7 des Lissabon Vertrags einbezogen, wenn im Zuge der israelisch-zyprischen Verteidigungskooperation Zypern in den Konflikt involviert wird. Deutschland sollte mit seinen Partnern präventiv alle diplomatischen, politischen und militärpolitischen Maßnahmen ergreifen, um eine politische Lösung des Konflikts im Jemen herbeizuführen. Dies ist insofern wichtig, da Deutschland den Atom-Deal mit dem Iran aufrechterhält und mit Saudi-Arabien und Israel zusammenarbeitet. Eine Lösung könnte einen Waffenstillstand, eine entmilitarisierte Zone entlang der Grenzen, sofortige humanitäre Hilfe und ein föderales Staatskonstrukt im Jemen beinhalten. Zudem sollte die EU die Vereinbarung zum iranischen Atomprogramm aufrechterhalten und weiter ausbauen, damit die militärische Nutzung der Atomenergie im Iran unterbunden wird. Eine Anpassung der bestehenden Iran-Sanktionen könnte als Mittel zur weiteren Deeskalation geprüft werden. Sollten solche vermittelnde Maßnahmen misslingen, könnte es zu einem israelischen Präventivschlag kommen, der wohl eine Kettenreaktion auslösen würde. 

IMPRESSUM

Herausgeber

Pilotprojekt Metis
Universität der Bundeswehr
München
go.unibw.de/metis

Autoren

Prof. Dr. Carlo Masala,
Dr. Konstantinos Tsetsos
metis@unibw.de

Art Director

Christoph Ph. Nick, M.A.
c-studios.net

Fotografie

Ryan Miglinczy auf Unsplash

ISSN-2627-0587

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International zugänglich.

